

Wir haben geholfen

Kampf um Rente mithilfe des SoVD gewonnen

Die Rechtsberatung des SoVD Hamburg kämpfte vor Gericht um eine Erwerbsminderungsrente für sein Mitglied Ina S. Der SoVD erreichte, dass ein neues Gutachten erstellt wurde, auf dessen Grundlage die lange eingeforderte Rente schließlich bewilligt wurde.

Sehr vielen Versicherten ist leider nicht hinreichend bewusst, dass es für den Bezug einer Rente oder deren Bewilligung nicht ausreicht, wenn ihr Gesundheitszustand sehr schlecht ist. Vielmehr müssen auch bestimmte Beitragsvoraussetzungen erfüllt sein. Zum einen muss ein Betrag für eine Mindestwartezeit zurückgelegt worden sein. Zum anderen muss in einem Zeitraum von fünf Jahren, der unmittelbar vor Eintritt des Leistungsfalles liegt, eine Mindestanzahl von Pflichtbeiträgen belegt sein. Ist dies nicht gegeben, muss ein Rentenanspruch abgelehnt werden und zwar völlig unabhängig von der medizinischen Befundlage.

Erster Prozess um Rente war erfolglos

So war es im Falle unseres Mitglieds Ina S. Ihr Antrag auf Rente wurde abgelehnt, ebenso der Widerspruch. Daraufhin ging Frau S. vor Gericht. In dem Prozess gelangte der Gutachter zu der Auffassung, dass die Klägerin noch in der Lage sei, ganztägig körperlich leichte und geistig anspruchsarme Tätigkeiten zu verrichten. Sie zog daraufhin die Klage zurück.

SoVD entwickelte nachvollziehbare Argumentation

Zu einem späteren Zeitpunkt stellte Ina S. einen erneuten Rentenanspruch. Jetzt erkannte der Rentenversicherungsträger an, dass bei ihr volle Erwerbsminderung eingetreten war. Mit dem Datum des anerkannten Leistungsfalles waren jedoch die beitragsrechtlichen Voraussetzungen nicht mehr gegeben. Ihr Widerspruch blieb daher erfolglos.

Zweiter Prozess mithilfe des SoVD war erfolgreich

Mithilfe des Rechtsschutzbüros des Hamburger SoVD klagte Frau S., und es konnte eine für das Gericht nachvollziehbare Argumentation entwickelt werden. Daraufhin wurde ein neuer Gutachter vom Gericht zugezogen. Der stellte fest, dass das Datum des Leistungsfalles zu einem weitaus früheren Zeitpunkt anzunehmen war, als aktuell vom Rentenversicherungsträger festgestellt. Somit waren die beitragsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt, und unser Mitglied erhält jetzt eine laufende Rente wegen voller Erwerbsminderung ausgezahlt. Zusätzlich erhielt Frau S. eine Nachzahlung von 43 788 Euro.

Bündnis für eine gerechte Rentenangleichung tagte mit 250 Teilnehmern

Renteneinheit ist überfällig

„25 Jahre deutsche Einheit: Renteneinheit überfällig!“ Unter dieser Überschrift hat das Bündnis für eine gerechte Rentenangleichung in den neuen Bundesländern mit über 250 Teilnehmern in Berlin getagt. Das Bündnis, dem auch der Sozialverband Deutschland angehört, besteht aus Gewerkschaften und Sozialverbänden, u. a. den Gewerkschaften GEW, EVG, GdP und ver.di sowie der Volkssolidarität, dem Deutschen Beamtenbund, dem Deutschen Bundeswehrverband und der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

„Jetzt ist es an der Zeit, den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Fahrplan für eine vollständige Angleichung der Rentenwerte endlich umzusetzen. Ein Gesetzgebungsverfahren für eine abschließende Regelung muss vor der nächsten Bundestagswahl erfolgen“, betonten die Bündnisteilnehmer die Dringlichkeit einer politischen Lösung zur vollständigen Angleichung des Rentenwert Ost an den alten Länder.

Der Hintergrund: Trotz Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ab 2015 bleiben die Gehälter in den neuen Bundesländern noch hinter denen der alten Bundesländer zurück. Daher mehrten sich die Stimmen, dass es ohne Eingreifen der Politik auch keine Vereinheitlichung der beiden Rentenwerte in Ost und West geben werde. Der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frank Bsirske, unterstützte die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung noch in der laufenden Legislaturperiode. „Wer die Menschen in den neuen Bundesländern erneut vertritt, der begeht Wortbruch.“

„Ohne Eingreifen der Politik keine Angleichung der Werte“

„Ohne Eingreifen der Politik keine Angleichung der Werte“

„Ohne Eingreifen der Politik keine Angleichung der Werte“

Auch SoVD-Präsident Adolf Bauer sagte in einem Statement: „Mit dem Eingangsvertrag wurde Rentnerinnen und Rentnern in den neuen Bundesländern eine Angleichung ihrer Rentenwerte an das Westniveau und damit die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse versprochen. (...) Ich brauche sicher nicht zu erläutern, was es bedeutet, wenn sich die Lebensverhältnisse nur auf der Kostenseite und nicht gleichzeitig auch auf der Einnahmenseite der Rentnerinnen und Rentner angleichen.“

Auf großes Interesse stießen zuvor auch die Ausführungen der Ost-Beauftragten der Bundesregierung, Iris Gleicke, des Präsidenten der Deutschen Rentenversicherung Bund, Axel Reimann, sowie von DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach. In der Diskussion mit den rentenpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen forderten die Tagungsteilnehmer nachdrücklich konkrete Schritte zur Umsetzung des Versprechens aus dem Koalitionsver-

trag. Das Bündnis fordert die Umsetzung des aktualisierten Modells 2.0. Es sieht eine schrittweise Angleichung des Rentenwert Ost über steuerfinanzierte Zuschläge ab 2016 vor, um das Ziel der vollständigen Angleichung bis 2020 erreichen zu können. Somit könnte der Rückstand des Rentenwert Ost, der ab 1. Juli 2015 bei 92,6 Prozent liegen wird, nach und nach ausgeglichen und ab 2020 für das gesamte Bundesgebiet ein einheitlicher Rentenwert angewendet werden.

Der ver.di-Vorsitzende stellte klar, dass die Rechtsangleichung Ost-West und die Bekämpfung der Altersarmut nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Zum einen müsse die Politik das Versprechen des Einigungsvertrages 25 Jahre nach Mauerfall und Deutscher Einheit endlich erfüllen. „Ein geeintes Deutschland braucht ein einheitliches Rentenrecht.“ Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe seien die Kosten dafür aus Steuermitteln aufzubringen. Zum anderen gehe es darum, Altersarmut unabhängig von regionalen Unterschieden zu bekämpfen. Dass Altersarmut gar nicht erst entstehe, sei für das Bündnis ein zentrales Anliegen.

Der ver.di-Vorsitzende stellte klar, dass die Rechtsangleichung Ost-West und die Bekämpfung der Altersarmut nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Zum einen müsse die Politik das Versprechen des Einigungsvertrages 25 Jahre nach Mauerfall und Deutscher Einheit endlich erfüllen. „Ein geeintes Deutschland braucht ein einheitliches Rentenrecht.“ Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe seien die Kosten dafür aus Steuermitteln aufzubringen. Zum anderen gehe es darum, Altersarmut unabhängig von regionalen Unterschieden zu bekämpfen. Dass Altersarmut gar nicht erst entstehe, sei für das Bündnis ein zentrales Anliegen.

Der ver.di-Vorsitzende stellte klar, dass die Rechtsangleichung Ost-West und die Bekämpfung der Altersarmut nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Zum einen müsse die Politik das Versprechen des Einigungsvertrages 25 Jahre nach Mauerfall und Deutscher Einheit endlich erfüllen. „Ein geeintes Deutschland braucht ein einheitliches Rentenrecht.“ Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe seien die Kosten dafür aus Steuermitteln aufzubringen. Zum anderen gehe es darum, Altersarmut unabhängig von regionalen Unterschieden zu bekämpfen. Dass Altersarmut gar nicht erst entstehe, sei für das Bündnis ein zentrales Anliegen.

Der ver.di-Vorsitzende stellte klar, dass die Rechtsangleichung Ost-West und die Bekämpfung der Altersarmut nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Zum einen müsse die Politik das Versprechen des Einigungsvertrages 25 Jahre nach Mauerfall und Deutscher Einheit endlich erfüllen. „Ein geeintes Deutschland braucht ein einheitliches Rentenrecht.“ Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe seien die Kosten dafür aus Steuermitteln aufzubringen. Zum anderen gehe es darum, Altersarmut unabhängig von regionalen Unterschieden zu bekämpfen. Dass Altersarmut gar nicht erst entstehe, sei für das Bündnis ein zentrales Anliegen.

Der ver.di-Vorsitzende stellte klar, dass die Rechtsangleichung Ost-West und die Bekämpfung der Altersarmut nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Zum einen müsse die Politik das Versprechen des Einigungsvertrages 25 Jahre nach Mauerfall und Deutscher Einheit endlich erfüllen. „Ein geeintes Deutschland braucht ein einheitliches Rentenrecht.“ Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe seien die Kosten dafür aus Steuermitteln aufzubringen. Zum anderen gehe es darum, Altersarmut unabhängig von regionalen Unterschieden zu bekämpfen. Dass Altersarmut gar nicht erst entstehe, sei für das Bündnis ein zentrales Anliegen.

Der ver.di-Vorsitzende stellte klar, dass die Rechtsangleichung Ost-West und die Bekämpfung der Altersarmut nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Zum einen müsse die Politik das Versprechen des Einigungsvertrages 25 Jahre nach Mauerfall und Deutscher Einheit endlich erfüllen. „Ein geeintes Deutschland braucht ein einheitliches Rentenrecht.“ Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe seien die Kosten dafür aus Steuermitteln aufzubringen. Zum anderen gehe es darum, Altersarmut unabhängig von regionalen Unterschieden zu bekämpfen. Dass Altersarmut gar nicht erst entstehe, sei für das Bündnis ein zentrales Anliegen.

Der ver.di-Vorsitzende stellte klar, dass die Rechtsangleichung Ost-West und die Bekämpfung der Altersarmut nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Zum einen müsse die Politik das Versprechen des Einigungsvertrages 25 Jahre nach Mauerfall und Deutscher Einheit endlich erfüllen. „Ein geeintes Deutschland braucht ein einheitliches Rentenrecht.“ Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe seien die Kosten dafür aus Steuermitteln aufzubringen. Zum anderen gehe es darum, Altersarmut unabhängig von regionalen Unterschieden zu bekämpfen. Dass Altersarmut gar nicht erst entstehe, sei für das Bündnis ein zentrales Anliegen.

SoVD im Gespräch



Foto: Wolfgang Borrs

Der Bundestagsabgeordnete Kai Whittacker (li.) besuchte die Bundesgeschäftsstelle des SoVD in Berlin. Dort wurde er von Verbandspräsident Adolf Bauer empfangen. Das Gespräch behandelte die aktuellen Reformen in der Arbeitsmarktpolitik.

Reformen auf dem Arbeitsmarkt

Kai Whittacker, MdB (CDU) ist Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales. In Berlin traf er sich zu einem Gespräch mit dem Präsidenten des SoVD. Dabei stellte Adolf Bauer zunächst die sozialpolitische Arbeit und die unterschiedlichen Fachgremien des SoVD vor.

Den Schwerpunkt des Austauschs bildeten jedoch aktuelle Reformvorhaben im Bereich Arbeitsmarktpolitik. Im Einzelnen ging es dabei unter anderem um öffentlich geförderte Beschäftigung, um eine

Öffnung von Integrationsfirmen auch für Langzeitarbeitslose und um Sanktionsregelungen im Sozialgesetzbuch (SGB) II.

Das einstündige Gespräch fand in einer konstruktiven Atmosphäre statt. Es wurde vereinbart, den Kontakt auch künftig aufrecht zu erhalten.

Forschung im Sinne der Teilhabe

Am 12. Juni gründete sich in Berlin das Aktionsbündnis Teilhabeforschung. Es will dazu beitragen, dass künftig verstärkt zu Fragen der

Teilhabe behinderter Menschen geforscht wird und die Perspektive von Menschen mit Behinderung dabei stärker berücksichtigt wird. Das Bündnis versteht sich als eine Plattform für den personellen Austausch und als organisatorisch unterstützende Struktur. Gleichzeitig geht es aber auch um die Durchsetzung politischer Forderungen.

Der Fokus des Bündnisses liegt in erster Linie auf dem Bereich Wissenschaft. Hierbei soll aber auch die Perspektive der Behindertenverbände berücksichtigt werden. Der SoVD hat die Gründung des Aktionsbündnisses unterstützt und war als Gründungsmitglied auf der Veranstaltung stimmberechtigt vertreten.